



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/45 - 23. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 939 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Soldatengesetz und Wehrverfassung	S. 1
Spannungen in der Wiener Koalition	S. 3
Jugendverbände und Ministerialbürokratie	S. 5
Kritik am Westdeutschen Rundfunk	S. 6

Werbetrommel für das Bundesheer

sp- Die Wehrgesetzgebung steht jetzt stark im Vordergrund der parlamentarischen Arbeit. Es wird jeden Tag erneut klar, dass es bei alledem nicht mehr um das "Ob", sondern um das "Wie" geht. Diese Tatsache bestimmt auch wesentlich die sozialdemokratische Haltung. Mit grosser Mehrheit, zu der auch die Vertreter der SPD gehörten, hat der Verteidigungsausschuss des Bundestages sich für die Bezeichnung "Bundeswehr" entschieden, der Eid als Form der künftigen Verpflichtung wurde zugunsten eines feierlichen Gelöbnisses mit knapper Mehrheit abgelehnt. Man mag beide Entscheidungen nicht als fundamental wichtig ansehen. Ihren symptomatischen Wert haben auch sie. Wichtiger freilich sind Fragen wie die nach dem Soldatengesetz und die nach dem Inhalt der künftigen Grundgesetzbestimmungen, soweit sie sich auf die Angehörigen der Bundeswehr beziehen.

Die Sozialdemokratie hat immer wieder betont, dass sie das Soldatengesetz ablehnt und auch gesagt, weshalb. Andererseits ist gerade in letzter Zeit deutlich geworden, dass die SPD mit grossem Ernst daran arbeitet, die künftigen Verfassungstimmungen über die Bundeswehr möglichst weitgehend nach dem Bilde ihrer Vorstellungen von einer demokratischen Streitmacht zu formen. Hin und wieder stösst man nun auf die Frage, wie jenes Nein mit dieser positiven Grundeinstellung zu vereinbaren sei. Bei genauerem Zusehen sollte die Erklärung leicht eingehen.

Das Soldatengesetz soll das Freiwilligengesetz am 31. März ablösen. Auch das Freiwilligengesetz hat die Sozialdemokratische Partei abgelehnt. Wie an jenem, so wird auch am Soldatengesetz ganz deutlich, dass nun militärische Wirklichkeit wird, was die Pariser Verträge vorsehen. Dazu gehört vor allem, als ihre unmittelbare Folge, die Aufstellung zweier deutscher Armeen unter scharf gegensätzlichen politischen Vorzeichen im Rahmen der Spaltung Deutschlands. So gesehen ist das Soldatengesetz eine direkte Folge der Pariser Verträge, die ihre schädliche politische Wirkung hinreichend erwiesen haben: je mehr von ihnen verwirklicht

wird, umso breiter und tiefer wird die Kluft, die beide Teile Deutschlands voneinander trennt.

Aber die SPD hat diese politische Entwicklung nicht verhindern können. So ist sie vor eine neue Aufgabe gestellt: bei der verfassungsmässigen Verankerung der westdeutschen Wiederbewaffnung alles zu tun, um dieses neue Machtinstrument des Staates so fest wie möglich an die demokratischen Einrichtungen zu binden, es diesem Staat nutzbar zu machen und alle Vorkehrungen gegen die Gefahr zu treffen, dass es stattdessen ihn eines Tages bevormundet oder gar beherrscht. Die grosse Frage für unzählige Deutsche vor allem aus den Reihen der Sozialdemokraten und ihrer Freunde, aber auch weit darüber hinaus, ist die nach dem Gesicht der Bundeswehr, deren Führung nicht mehr die Züge volksferner Exklusivität und einer angemessenen Sonder- und Ausnahmestellung in der zivilen Welt des Staatsbürgers tragen sollte. Die notwendigen Grundgesetzänderungen sind gedacht und notwendig zum Schutze des demokratischen Staates und zum Schutze des einzelnen Staatsbürgers in seinen verfassungsmässigen Grundrechten gerade während seiner Soldatenzeit. Das ist der klare Sinn und das Ziel, dem sich alle Einzelüberlegungen und -massnahmen unterzuordnen haben.

Es wird also entscheidend wichtig sein, allen Erscheinungen und Vorgängen, die mit der Aufstellung der Bundeswehr indirekt im Zusammenhang stehen, auch soweit sie sich gerade auf das Gebiet der psychologischen Beeinflussung beziehen, sehr genau im Auge zu halten. Man weiss, dass die Bundesregierung seit langen eine umfassende und systematische Werbetätigkeit für die neuen Streitkräfte geplant und zum Teil auch schon hat anlaufen lassen. Es ist vor neuen "Aufklärungs", - aber auch volkstümlichen Spielfilmen, von Plakataktionen und musikumrahmten Propaganda-Veranstaltungen grossen Stils die Rede, in den zuständigen Ministerien oder sonstigen Regierungsämtern sind Spezialabteilungen für Aufgaben dieser Art eingerichtet worden.

Es ist bezeichnend, dass die Regierung selbst glaubt, nur mit besonderen Anstrengungen den Boden für eine grössere Bereitwilligkeit zum Wehrdienst auflockern zu können. Und in der Tat würde es der eigenen Einsicht, der eigenen Erinnerungsvermögen an die jüngste Vergangenheit und der eigenen Standfestigkeit und Urteilsfähigkeit vieler Menschen in Deutschland ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn sie allzu leicht bereit wären, die schweren Bedenken, die ihnen eine bittere Lehre erteilt hat, mit leichter Hand wieder über Bord zu werfen, nur weil, veranlasst von den Verfechtern einer im Grunde schon gescheiterten Aussenpolitik, das grosse Grommel wieder eingesetzt hat. Auch hier wird es, vor allem auf dem Wege über die Haushaltsbewilligungen, erforderlich sein, sehr strenge Massstäbe anzulegen.

Frühzeitiges Wahlfieber

K.F. Wien

Die beiden grossen österreichischen Parteien - die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs - sind übereingekommen, den kommenden Wahlkampf möglichst kurz und mit möglichst sparsamen Mitteln zu führen. Dieses Übereinkommen hat, wie so manche, die zwischen den beiden Parteien vereinbart werden, nur theoretischen Wert. Was die Kürze des bevorstehenden Wahlkampfes anbelangt, bezieht sie sich bloss auf den "offiziellen" Teil, hingegen hat das inoffizielle Vorspiel schon vor einiger Zeit begonnen und gegenwärtig befindet man sich in Österreich geradezu in einem, wenn auch vorzeitigen, Wahlfieber. Dieses wird noch durch die Ungewissheit des Wahltermins verstärkt.

Die ÖVP will die Parlamentswahlen erst im Herbst durchführen, die Sozialisten sind im Prinzip auch dafür, betonen aber, dass sie gegebenenfalls Frühjahrswahlen verlangen werden, sofern man sich über die schwebenden lebenswichtigen Probleme nicht wenigstens halbwegs einigen kann. Es hat aber mehr den Anschein, als würde das die SPÖ nur als eine Art politisches Druckmittel benützen, so dass aller Voraussicht nach die Wahlen doch erst im Oktober abgehalten werden. Immerhin aber kann man zumindest bis Ende Februar noch nicht mit Sicherheit sagen, ob es in Österreich heuer Frühjahrs- oder Herbstwahlen geben wird.

Gegenwärtig tagen jedenfalls die höchsten Instanzen der beiden Regierungsparteien sozusagen in Permanenz. Vom 16. bis 18. Februar hatte die Volkspartei auf dem Semmering sogar ein Konklave ihrer Spitzenfunktionäre und ihrer Abgeordneten. Auch der Parteivorstand der Sozialistischen Partei ist in letzter Zeit mehrmals zusammengetreten. Bei allen diesen Konferenzen der Parteispitzen geht es im wesentlichen um die Schaffung einer geeigneten Wahlplattform. Die Sozialisten hatten auf Grund des Talminibus der ÖVP als der Partei des Staatsvertrages, ferner wegen der Tarifierhöhungen auf den Wiener Verkehrsbetrieben und wegen der in Wien noch immer herrschenden Wohnungsnot im Herbst des Vorjahres eine für Wahlen nicht sehr günstige Ausgangsposition. In-

zwischen aber hat es die SPÖ verstanden, durch geschickte Politik und Propaganda nicht nur den Vorsprung der ÖVP aufzuholen, sondern diese Partei wahlpsychologisch zu überflügeln.

Mit Jahresbeginn ist das von den Sozialisten erkämpfte Allgemeine Sozialversicherungsgesetz in Kraft getreten, welches das gesamte Rentenrecht in vorbildlicher Weise neu regelt und auch für die übrigen Zweige der Sozialversicherung Klarheit schafft. Gegenwärtig treten die Sozialisten für eine Selbständigen-Pension ein, um ihrem Ziel einer Volkspension näher zu kommen. Die ÖVP leistete bis vor wenigen Tagen dagegen erbitterten Widerstand, dürfte aber nun eingesehen haben, dass ihr das bei den Wahlen nicht gut bekommen würde und hat daher plötzlich umgeschwenkt, was ihr jedoch in der Wahlkampagne nicht allzu viel mehr helfen dürfte. Die Sozialisten wollen die notwendige Erhöhung des Milchpreises auf die Holzexporteure (durch Einführung einer Holzexportabgabe) oder auf die Likör- und Schnapsfabrikanten (durch Erhöhung der Branntweinsteuer) überwälzen, die ÖVP will sie von den Konsumenten, vor allem also von den kinderreichen Familien, zahlen lassen. Ungelöst ist ferner die Frage des Erdöls, der ehemaligen USA-Betriebe, soweit sie verstaatlicht sind, der Zivilluftfahrt und der Aussenhandelslenkung.

Die Kommunistische Partei und die beiden extremen Rechtsparteien, Freiheitliche Partei (FP) und Deutsch-nationale Arbeiterpartei (DNAP), haben praktisch keine Bedeutung. Obwohl es in Österreich eine grosse Zahl Unzufriedener gibt, die keine der beiden Regierungsparteien wählen wollen, gibt es hier keine "dritte Partei". Dennoch hat die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen auch auf das politische Klima in Österreich einen gewissen Einfluss. Man beginnt darüber nachzudenken, dass nichts ewig ist, am allerwenigsten in der Politik. Die Österreichische Volkspartei hat zum Wahlfieber, von dem ja alle erfasst sind, auch noch eine Art Koalitionsneurose dazu bekommen, die sich zunächst in offenkundiger Ratlosigkeit äussert. Es bleibt abzuwarten, ob das Konklatve am Semmering wenigstens diese Ratlosigkeit zu beseitigen vermochte.

Solidarität am falschen Platz

b. Als Arbeitsgremium des Bundeskuratoriums hat der Aktionsausschuss für Jugendfragen die Aufgabe, die Bundesregierung in Fragen, die die junge Generation im allgemeinen, und die Jugendarbeit im besonderen betreffen, zu beraten. Er setzt sich aus Vertretern der beiden grossen Konfessionen der Jugendverbände, der Länder und Fachleute der Jugend- und Wohlfahrtsarbeit zusammen. Durch das Bundesinnenministerium wird er von Fall zu Fall einberufen - meistens dann, wenn die Beratung des Bundesjugendplans anliegt.

So war es auch auf der Sitzung vergangener Woche in Bonn. Wie meistens, wenn Staatssekretär B l e e k die Verhandlungsleitung ausübt, gingen die Erörterungen zügig voran. Mit lächelnder Zielstrebigkeit und bewährter Routine gelang es ihm meistens, auch die diversen Schwierigkeiten zu überbrücken. Bis dann der Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, Heinz W e s t p h a l, den Herrn Staatssekretär in aller Form um eine Stellungnahme zu den Massnahmen des Innenministeriums gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund bat. Aus dem freundlichen Staatssekretär wurde ein sehr nachrücklich auf die Staatsautorität pochender Regierungsvertreter. Unmissverständlich gab er dem Aktionsausschuss zu verstehen, dass er in dieser Frage nicht gewillt war, sich die Meinung, geschweige denn den Rat dieses Beratungsgremiums einzuholen.

In der kurzen Debatte sprachen sich alle Redner gegen die Massnahmen des Ministeriums aus. Der Herr Staatssekretär begnügte sich aber ohne weitere Begründung mit der Feststellung, dass er die Massnahmen gegen den Sozialistischen Studentenbund voll gerechtfertigt hält. Damit endete die unbefriedigende Aussprache. Ministerialrat Dr. S c h e i d e - t a n n, der Mann, der in eigener Machtvollkommenheit dem SDS die vom Parlament genehmigten Zuschussmittel sperren liess, kann allerdings in den Kreis der Unbefriedigten nicht einbezogen werden, hat ihn doch die Solidaritätsdemonstration seines Vorgesetzten davor bewahrt, in der Angelegenheit selbst etwas sagen zu müssen.

In der Sache aber war diese Ministerial-Solidarität fehl am Platze. Schliesslich bringt eine solche Verhaltensweise die Jugendverbände in die Gefahr, durch die staatliche Förderung in ein absolutes Abhängig-

keitsverhältnis zur Ministerialbürokratie zu geraten. Darit aber würden die notwendigen und anerkennenswerten Förderungsmaßnahmen keine Unterstützung, sondern eine Gefährdung der freien Jugendarbeit bedeuten.

Nicht nur des SDS wegen, sondern auch einer gesunden und vertraulichen Zusammenarbeit zwischen Staatsexekutive und den Trägern der freien Jugendarbeit willen, ist es notwendig, dass die ungerechtfertigte Massregelung der sozialistischen Studenten umgehend und vorbehaltlos rückgängig gemacht wird.

+ + +

Wie man in Köln Nachrichten frisiert

Die Theorie

Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk vom 25. Mai 1954, § 4:

"...Die Nachrichtenagentur muss allgemein, unabhängig und objektiv sein."

Die Praxis

Der Tatbestand: Der Bundestagsausschuss für Kriegsoffer und Heimkehrerfragen beschloss am Dienstag, die Beratung der fünften Novelle zum Versorgungsgesetz, die für den 23.2.56 angesetzt war, bis nach dem 5.3.56 zu vertagen. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder stimmten gegen diese Vertagung.

Hierzu nahm die Pressestelle der SPD-Bundestagsfraktion am 21.2.56 Stellung:

"Der Ausschuss für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen des Bundestages hat heute gegen den erbitterten Widerstand der sozialdemokratischen Vertreter beschlossen, die Debatte über die rückverwiesene 5. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz bis nach dem 5.3.1956 zu vertagen.

...

Die sozialdemokratischen Entwürfe zur Verbesserung der Kriegsofferversorgung liegen seit der 28. September 1955 vor. Es war also genügend Zeit und

Gelassenheit gegeben, um sich mit dieser Materie zu befassen. Um so unverständlicher ist es, dass beispielsweise heute im Ausschuss der Bundesfinanzminister erklärt hat, er könne erst etwa Mitte März über die finanziellen Auswirkungen und eine mögliche oder nicht mögliche Deckung berichten."

...

öpa meldete am

gleichen Tage: "Der Bundestagasausschuss für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen hat am Dienstag beschlossen, die zweite und dritte Beratung der fünften Novelle zum Bundesversorgungsgesetz, die nach den bisherigen Arbeitsdispositionen für Donnerstag vorgesehen war, bis nach dem 5. März zu vertagen. Die sozialdemokratische Opposition hat gegen diesen Beschluss protestiert. Sie weist darauf hin, dass ihre Entwürfe für eine bessere Kriegsopferversorgung bereits seit dem 26. September 1955 vorlagen. Es sei also genügend Zeit gewesen, sich mit der Materie zu befassen. Die SPD bezeichnet es in einer Presseerklärung als unverständlich, dass der Bundesfinanzminister am Dienstag im Ausschuss erklärt habe, er könne etwa Mitte März über die finanziellen Auswirkungen der Verbesserungsvorschläge berichten."

Dieses Material erzielte der Westdeutsche Rundfunk zu folgender Meldung am 22.2. 1956, 6.00 Uhr:

"Die für morgen angesagte Debatte über die fünfte Novelle zum Bundesversorgungsgesetz ist vom Bundestagsausschuss für Kriegsopfer und Heimkehrerfragen bis nach dem 5. März vertagt worden. Sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete erklärten, der Aufschub wurde deswegen beschlossen, weil Bundesfinanzminister Schäffer erst in etwa 3 Wochen über die finanziellen Auswirkungen einer neuen Versorgungsregelung für die Kriegsopfer berichten könne."

K o m m e n t a r ü b e r f l ü s s i g

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau